

Landkreis Vorpommern-Rügen

2. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsmitglieder Dirk Arendt und Andreas Teller

Vorlagen Nr.:

A/2/0010

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	06.10.2014

Antrag der Kreistagsmitglieder Dirk Arendt und Andreas Teller: "Überprüfung aller Kreistagsmitglieder sowie sachkundigen Einwohner auf MfS/AfNS Mitarbeit"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Dass alle Kreistagsmitglieder des Landkreise Vorpommern-Rügen auf eine frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)/Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) überprüft werden.
2. Die Mitglieder des Kreistages stellen alle für die Überprüfung notwendigen Angaben zur Verfügung.
3. Alle sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen des Kreistages, mögen sich auf freiwilliger Basis, auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das frühere MfS/AfNS überprüfen lassen und stellen dann alle für die Überprüfung notwendigen Angaben zur Verfügung.
4. Eine Prüfung der Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner des Kreistages Vorpommern-Rügen, auf hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das frühere MfS/AfNS findet künftig sofort nach deren Wahl statt.
5. Die Kreistagspräsidentin wird zur Einleitung aller erforderlichen Schritte für die Überprüfung beauftragt.
6. Das Präsidium informiert den Kreistag über alle Einzelheiten des Ergebnisses der Überprüfungen unter Berücksichtigung der Datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Sollten Ergebnisse der Überprüfung nicht für die Öffentlichkeit gedacht sein, gilt der §23 Abs. 6 KV-MV.

Begründung:

In der Öffentlichkeit besteht ein erhöhtes Interesse an der vorbehaltlosen Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Die Beschäftigung mit den illegitimen und unmenschlichen Praktiken der kommunistischen Diktatur ist nötig, schon weil deren Täter, Handlanger und Verharmloser noch in Parlamenten der BRD sitzen, nicht zuletzt unter Umständen auch im Kreistag Vorpommern-Rügen. Verantwortliche und Handlanger des SED-Unterdrückungsapparats müssen enttarnt und benannt werden. Der Antrag soll dieses Ansinnen unterstützen.

gez. Dirk Arendt
Kreistagsmitglied